Nummer 116 — Halle, Sonntag, den 18. Mai 1924 — 59. Jahrgang

Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.60 Goldmark und 36 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Dr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Deutschland und die Sudetendeutschen.

Von Dr. Fritz Mittelmann, M. d. R.

Der Verfasser nachstehender Zeilen, der seit Jahren ein Vorkämpfer für das Auslandsdeutschtum ist, vertrat auf dem soeben abgehaltenen Reichsparteitag der Deutschen Nationalpartei in der Tschechoslowakei die Deutsche Volkspartei. In seiner Rede betonte er mit Nachdruck den großdeutschen Gedanken.
Die Schriftleitung.

Soeben hat in der Tschechoslowakei der diesjährige Reichsparteitag der Deutschen Nationalpartei unter außerordentlich starker Beteiligung aus allen Teilen des Landes stattgefunden und einen erhebenden Verlauf genommen. An der Geschlossenheit dieser deutschen Partei können sich die Parteien und Fraktionen im Reiche ein leuchtendes Beispiel nehmen. In Teischen wurde der Beweis erbracht, daß man große deutsche Politik treiben kann, auch wenn man den Weltkrieg verloren hat.

Ausgangspunkt für die Politik unserer Freunde in der Tschechoslowakei ist die seinerzeit abgegebene staatsrechtliche Erklärung, in der es wörtlich heißt:

„Wir verkünden feierlich, daß wir niemals aufhören werden, die Selbstbestimmung unseres Volkes zu fordern, daß wir dies als den obersten Grundsatz aller unserer Maßnahmen und unseres Verhältnisses zu diesem Staate betrachten."

Dieser tschechoslowakische Staat ist ein künstliches Gebilde, das zum größten Teile fester geographischer Grenzen entbehrt und der wie kein zweiter Staat dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ins Gesicht schlägt. Bei einer Gesamtbevölkerung von etwas über 13 Millionen weist die Tschechoslowakei nicht weniger als 3½ Millionen Deutsche auf, daneben 2,2 Millionen Slowaken, über 1 Million Magyaren und ½ Million Ruthenen. Trotzdem die Tschechen eine Minderheit darstellen, befindet sich die tatsächliche Gewalt im Staate durchaus und ausschließlich in ihren Händen, und sie machen von ihr mit rücksichtsloser Gewalt und Brutalität Gebrauch.

Hinter der tschechischen Regierung steht Frankreich, das dieses künstliche Gebilde des tschechoslowakischen Staates nur geschaffen hat, um in Gemeinschaft mit Polen den östlichen und südöstlichen Teil Deutschlands fest zu umklammern. Wie sehr es hierauf abgesehen ist, beweist das zwischen Paris und Prag abgeschlossene Militärabkommen. Wenn der Wortlaut des kürzlich durch die Presse gegangenen Geheimvertrages auch nicht zutreffend sein mag, so ist an der Tatsache als solcher, daß ein derartiges Bündnis besteht, nicht im geringsten zu zweifeln, und Deutschland täte gut daran, hiermit als mit einer zurzeit jedenfalls bestehenden Tatsache zu rechnen. Ob sich dieser Zustand im Laufe der Zeit ändert, ob vielleicht im Anschluß an die Wahlniederlage Poincarés und im Verfolg eines veränderten französischen Kurses andere Wege eingeschlagen werden, vermag im Augenblick niemand zu sagen. Wer aber die französische Politik in den letzten Jahren verfolgt hat, und wer den fanatischen Haß der Tschechen gegen alles Deutsche kennt, wird den Glauben zu einer grundsätzlichen Abkehr von der bisherigen Politik nur sehr schwer aufzubringen vermögen.

Um so notwendiger ist es im Interesse des gesamten deutschen Volkes, den 3½ Millionen treuen Sudetendeutschen, die in der Tschechoslowakei unter ungeheuren Opfern und Kraftanstrengungen für ihr Deutschtum kämpfen, eine größere Beachtung zu schenken, als dies bisher in so vielen reichsdeutschen Kreisen leider der Fall gewesen ist. Können wir diesen Deutschen im Augenblick auch weder materiell noch politisch helfen, so müssen sie doch wissen und in ihrem schweren Kampf fest davon durchdrungen sein, daß das deutsche Volk ungeachtet seiner parteipolitischen Einstellung fest hinter ihnen steht und ihnen genau so die Treue hält, wie wir überzeugt sein dürfen, daß sie uns jederzeit die Treue halten werden. Hierzu gehört in erster Linie, daß wir die Aufklärung über die Lage der Sudetendeutschen in möglichst großem Umfange überall verbreiten. Wenn es heute noch möglich ist, daß von sogenannten Gebildeten dem Sudetendeutschen wegen seiner formvollendeten Beherrschung der deutschen Sprache Schmeicheleien gesagt werden, dann bedeutet dies einen Tiefstand in völkischer Hinsicht, der beschämend und beleidigend zugleich wirkt. Die 3½ Millionen Sudetendeutschen, deren geschlossenes Siedlungsgebiet sich an den Südabhängen des Erzgebirges und der Sudeten von Eger bis Troppau entlang zieht, gehören zu den besten und treuesten Deutschen, die seit Menschenaltern für ihr Deutschtum kämpfen.

Die Besatzung, die wir an Rhein und Ruhr jetzt haben, haben die Sudetendeutschen seit Jahren mitten in ihrem eigenen Lande. Dieser Kampf hat sie bereits in der alten österreichischen Monarchie gestählt, so daß sie den ungeheuerlichen Bedrückungen und Drangsalierungen der Tschechen, die im November 1918 einsetzten, von vornherein den größten Widerstand entgegensetzten. Und wenn auch die Tschechen an Boden gewinnen, wenn sie deutsche Beamte entfernen und Tschechen an ihre Stelle setzen, wenn sie den deutschen Städten die Polizeihoheit nehmen und in den reindeutschen Kurorten Karlsbad, Franzensbad, Marienbad usw. verlangen, daß überall tschechische Aufschriften angebracht werden, so vollzieht sich dieses Vorrücken doch dank des starken inneren Widerstandes auf deutscher Seite nur verhältnismäßig langsam.

Das geschlossene deutsche Sprachgebiet muß als ein Ganzes erhalten und hinübergerettet werden in die neue Zeit, die an die Stelle des jetzigen Zeitabschnittes der Ungerechtigkeit und des Unrechtes treten wird. Wenn überall auf deutscher Seite in so zielbewußter Weise gearbeitet wird, wie von den treuen Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei, dann wird das Ziel der Errichtung einer großen Volksgemeinschaft, die alle Deutschen in der Mitte Europas umschließt, dermaleinst sicher erreicht werden. Und sollten bis dahin noch viel größere Schwierigkeiten zu überwinden sein, als die bereits hinter uns liegenden, so werden wir auch sie überwinden, wenn wir den Gedanken der großen deutschen Volksgemeinschaft allen Sonderinteressen irgendwelcher Parteien oder Schichten getreu die Worte voranstellen, die Felix Dahn einst in das Stadtbuch der alten deutschen Stadt Eger eintrug:

„Das höchste Gut des Mannes ist sein Volk,
Das höchste Gut des Volkes ist sein Staat.
Des Volkes Seele lebt in seiner Sprache:
Dem Volk, dem Staat und unserer Sprache treu,
Fand uns der Tag, wird jeder Tag uns finden."

Ein deutscher Schicksalstag.

Zur Abstimmung in Hannover.

Der 18. Mai wird durch die für Hannover vorgesehene Abstimmung über eine Loslösung dieser Provinz aus dem preußischen Staatsverbande zu einem deutschen Schicksalstag werden. Es wird sich an ihm zu zeigen haben, ob in unserem Vaterlande die nationale Idee so feste Wurzeln geschlagen hat, daß sie alle aus so mancherlei egoistischen Motiven geborenen Anschläge auf sie leicht zu unterdrücken vermag. Am 18. Mai wird darüber die Entscheidung fallen, ob das Reich einer Zukunft entgegengehen wird, die durch eine Stärkung innerer Geschlossenheit sich kennzeichnet, oder ob sie den Stempel einer inneren Zerfetzung tragen wird. Denn wird am 18. Mai der Sturm der Deutsch-Hannoveraner auf das preußische Staatsgefüge siegreich abgeschlagen, dann werden auch die anderen sich hier und dort meldenden separatistischen Bestrebungen an Kraft verlieren und sich zur Hoffnungslosigkeit verurteilt sehen.

Es gehört schon ein gehöriges Maß starrköpfiger Verbohrtheit dazu, um den Bestrebungen und politischen Ziel n der Deutsch-Hannoveraner eine Berechtigung zuzusprechen. Denn alle ihre Hinweise auf die Selbständigkeit Bayerns, Badens, Sachsens und der anderen Länder im Verbande des Deutschen Reiches lassen in keiner Weise die Folgerung zu, daß nun auch Hannover das Recht eines selbständigen Landes für sich beanspruchen dürfe. Die geschichtlichen Vorbedingungen sind doch ganz andere; fast 60 Jahre jetzt ist Hannover eine preußische Provinz und hat als solche durch ihre geographische Lage zu einem wichtigen Bindeglied zwischen den östlichen und westlichen Landesteilen Preußens sich entwickeln können. Die sittliche, politische und wirtschaftliche Rechtfertigung der Bismarckschen Politik im Jahre 1866 ist durch die Gründung und das Bestehen des Reiches ebenso wie durch das Aufblühen Hannovers zur Genüge erbracht.

Man lasse sich in dieser Erkenntnis auch nicht irre machen von falschen Gefühlen einer irregeleiteten Heimatliebe und Tradition. Heimatliebe und geschichtliche Tradition sind an sich etwas Schönes, ihre besondere Pflege haben wir gerade in unserer heutigen Zeit besonders nötig, in der der Materialismus alles stark überwuchert. Aber wie beides gerade im hannoverschen Falle richtig zu verstehen ist, dafür ist ein Rudolf von Bennigsen, der freudige Mitstreiter Bismarcks, der zuverlässigste Wegweiser geworden. Nicht aber diejenigen, die während der Friedensverhandlungen von Versailles es fertig bekamen, mit der Forderung eines „freien Hannover im freien Deutschland" vor unsere Feinde zu treten und diese dadurch aufzufordern, sich auch in rein innerdeutsche Angelegenheiten zu mischen.

Es handelt sich garnicht um eine aus den Massen heraus geborene Stimmung — die zeugend und verschwend gewirkt —, sondern nur um eine bis 1918 mühevoll und künstlich am Leben erhaltene, nach 1918 aber gewaltsam mit skrupellosester Propaganda wieder aufgepeitschte Bewegung. Denn wer sind die eigentlichen Träger? Starrköpfige Adlige und Geistliche, die nicht zu überzeugen sind, unzufriedene Bauern und kleine Geschäftstreibende; alle aber erhoffen von einer Selbständigkeit Hannovers etwas für sich und von wirklicher Heimatliebe ist da wenig zu merken. Leider ist nun diesen teils querköpfigen und teils selbstsüchtigen Drahtziehern gelungen, sich ein gewisses Mitläufertum aus allen Bevölkerungsschichten zu verschaffen, sodaß die Gefahr für eine Vorabstimmung gegen das Verbleiben Hannovers bei Preußen nicht unterschätzt werden darf.

Die Deutsch-Hannoveraner haben bei der letzten Reichstagswahl immerhin etwa 300 000 Stimmen aufgebracht, also die Hälfte der von ihnen am 18. Mai erforderlichen 600 000. Bekommen sie nun noch starken Zuzug aus den Kreisen, die bei der Reichstagswahl demokratisch oder das Zentrum gewählt haben — und darauf geht die Hoffnung — so ist die Möglichkeit einer für die Separatisten günstigen Abstimmung nicht ausgeschlossen. Es ist aber doch wohl anzunehmen, daß dieser Zuzug von 300 000 Stimmen von anderer Seite ausbleiben wird, da das Zentrum und auch die demokratische Partei eine Wahlparole gegen die Deutsch-Hannoveraner ausgegeben haben, und weil jeder, der sich die Dinge nur einigermaßen überlegt, sagen muß, daß die Loslösung dem Reiche wie Hannover selber nur schaden kann. Sehr richtig hat auch der Oberpräsident Noske einem Ausfrager gegenüber betont, daß ein Freistaat Hannover nur eine verteuerte Verwaltung bedingen und so der einzelne Steuerzahler der eigentliche Leidtragende sein würde.

Aller Augen in Deutschland werden so am 18. Mai mit Spannung sich auf Hannover richten. Es wird Sache aller vaterlandsliebenden Hannoveraner zu sein haben, daß dieser hannoversche Schicksalstag nicht auch zu einem deutschen werde. Die ernste Mahnung unseres Nationalliedes: „Deutschland, Deutschland über alles" klinge gerade darum an diesem 18. Mai hell und laut in allen hannoverschen Gauen und in allen hannoverschen Herzen wieder.

Die Rheinländer an die Hannoveraner.

Der Reichsverband der Rheinländer hat an die Hannoveraner folgende Kundgebung gerichtet: An unsere hannoverschen Volksgenossen: „Die politischen Parteien des Rheinlandes haben schon im Juni 1921 in der „Königswinterer Entschließung" erklärt, auf eine Volksabstimmung auf Grund des Artikels 18 der Reichsverfassung im Rheinland zu verzichten, so lange rheinische Gebiete besetzt seien. Dabei betonten sie gegenüber ähnlichen Bewegungen in Hannover:

Wir erwarten, daß auch in anderen Landesteilen mit Rücksicht auf die Lage des besetzten Gebietes Abstimmungsbestrebungen bis zu diesem Zeitpunkt ruhen."

Zu dieser Entschließung haben sich die politischen Parteien am Rhein in den letzten Tagen erneut bekannt. — Die im Reichsverband der Rheinländer zusammengefaßten Rheinländer im unbesetzten Deutschland glauben auch ihrerseits vor einem übereilten Vorgehen Hannoverscher Abstimmungsfreunde ihre warnende Stimme erheben zu müssen. Die Rheinländer, welchen den Rücken zu decken allen Deutschen heilige Pflicht sein sollte, wünschen in erster Linie die Leidtragenden sein, wenn mitten in den Kampf um Sein oder Nichtsein des Reiches das Problem seiner Neugliederung hineingeworfen würde."

Deutschnationale und Regierung.

Ein „Notenwechsel" über das Gutachten.

Wir veröffentlichten gestern den Beschluß der Deutschnationalen, in dem der sofortige Rücktritt der Regierung gefordert wurde. Darauf ließ die Reichsregierung antworten:

„Die Reichsregierung ist auch angesichts des Beschlusses des Vorstandes der Deutschnationalen Volkspartei entschlossen, pflichtgemäß die ihr übertragenen Regierungsgeschäfte nicht vor dem Zusammentritt des Reichstages aus der Hand zu geben. Sie hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, Deutschland in den Verhandlungen über die Sachverständigengutachten zu vertreten und die zur Durchführung der Gutachten erforderlichen Gesetzentwürfe vorzubereiten, sowohl im Hinblick auf die immer bedrohlicher werdende Kreditkrisis, die finanziellen und wirtschaftlichen Erfordernisse Deutschlands, die ohne jeden Aufschub befriedigt werden müssen, wie aber auch in dem Bewußtsein, dadurch dem Willen der Mehrheit des deutschen Volkes und der Mehrheit des neuen Reichstages zu entsprechen. Der von der Reichsregierung vertretene Standpunkt hinsichtlich der Sachverständigengutachten wird nach den eigenen Erklärungen geteilt von der Sozialdemokratischen Partei, von der Zentrumspartei, von der Deutschen Volkspartei, von der Demokratischen Partei und von der Bayerischen Volkspartei, die auch im neuen Reichstag auf jeden Fall über eine weit größere Stimmenzahl verfügen, als eine etwaige gemeinsame Opposition der Deutschnationalen Volkspartei, der Kommunistischen Partei und der Völkischen Freiheitspartei. Bei dieser Sachlage erachtet die Reichsregierung den Beschluß des Vorstandes der Deutschnationalen Volkspartei als nicht im Einklang stehend mit den tatsächlichen Verhältnissen, wie sie sich nach der Willensbildung des deutschen Volkes in den Reichstagswahlen ergeben haben. Die Reichsregierung sieht in dem Beschlusse des Parteivorstandes der Deutschnationalen eine ernste Gefährdung der deutschen Interessen in der Außenpolitik. Ueber die Gründe, die die Reichsregierung zu ihrer Stellungnahme zu den Sachverständigengutachten gezwungen haben, sind Parteiführer der D.N.P. von seiten der Reichsregierung eingehend unterrichtet worden, ohne daß es gelang, die deutschnationalen Vertreter zu einer positiven Erklärung zu bewegen. Auch sonst liegt immer noch keine klare und bindende Erklärung der D.N.P. darüber vor, wie sie sich die Erledigung der Sachverständigengutachten denkt. Vielmehr wächst von Tag zu Tag die Unklarheit über ihre Absichten hinsichtlich der Sachverständigengutachten, die zum Kern- und Angelpunkt der deutschen Politik geworden sind. Die schnellste Klärung der politischen Lage könnte die Deutschnationale Volkspartei selbst schaffen, wenn sie Antwort geben wollte auf die fortgesetzt an sie gestellten Fragen, wie sie denn zu den großen und wichtigen Einzelfragen der deutschen Außenpolitik steht. Das wäre auch die beste Vorbereitung der bevorstehenden Regierungsbildung. Für die Reichsregierung wäre es unverantwortlich, wollte sie aus innerpolitischen Gründen die außenpolitischen Interessen Deutschlands aufs Spiel setzen."

*

Die Deutschnationalen veröffentlichten daraufhin eine neue Erklärung, in der sie betonen, Anfragen über ihre Haltung zum Sachverständigengutachten wären nie gestellt worden. Wir verzichten auf die Wiedergabe ebenso wie auf die Wiedergabe einer zweiten Antwort aus Regierungsmunde und stellen nur fest, daß seit 14 Tagen täglich in Deutschland in allen Blättern nur die eine Frage erörtert wird: Wie stellen sich die Deutschnationalen zum Gutachten und damit zur Regierungsbildung. Die deutschnationalen Zeitungen selbst tun seit 14 Tagen nichts anderes als die offene ehrliche Antwort hierauf durch allerlei Schimpferei auf die Regierung zu ersetzen.

* * *

Kabinettssitzung.

Berlin, 17. Mai. Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Gutachten der Sachverständigen und den sich daraus ergebenden deutschen Gesetzesvorlagen, konnte jedoch noch zu keinen Beschlüssen kommen, da die Vorarbeiten des Ressorts noch nicht weit gediehen sind.

*

Im Reichstag traten die Führer der Parteien der Mitte, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten zu einer vertraulichen Besprechung über die politischen Fragen zusammen. An der Besprechung nahmen auch Reichskanzler Dr. Marx, Außenminister Dr. Stresemann und Reichsarbeitsminister Dr. Brauns teil. Es verlautet, daß die Parteien ihre Haltung gegenüber den Deutschnationalen in der Frage der Regierungsbildung davon abhängig machen wollen, wie diese sich zu den außenpolitischen Fragen stellen werden. — Dem „L. A." zufolge soll davon die Rede gewesen sein, daß die bürger-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240518012/fragment/page=0001

lichen Mittelparteien ein außenpolitisches Programm ausarbeiten, das zur Grundlage der bevorstehenden Verhandlungen mit den Deutschnationalen dienen könnte. Die Besprechungen haben weiter ergeben, daß der Gedanke der Bildung einer Fraktionsgemeinschaft der Mitte nicht mehr durchführbar sei, nachdem die Fraktion der Deutschen Volkspartei den Gedanken als unausführbar abgelehnt habe.

Schiedsspruch für den Bergbau.

Berlin, 17. Mai. (Radiotelegr.) Nach dreitägigen Verhandlungen wurde über die Arbeitsstreitigkeiten im Ruhrbergbau ein Schiedsspruch gefällt. Danach ist der Tarifvertrag für das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier vom 1. August 1922 (Rahmentarif) bis zum 30. Juli 1925 verlängert worden. Die Arbeitszeit ist in der Weise geregelt, daß die Bestimmungen des Rahmentarifs aufrechterhalten werden, aber eine besondere Regelung der Mehrarbeiten stattgefunden hat. Die Mehrarbeiten werden entsprechend der geleisteten Stundenzahl vergütet, aber ohne besondere Aufschläge. Diese Regelung gilt bis zum 31. März 1925. Sämtliche Arbeitnehmer sollen, sobald es die Betriebsmöglichkeiten gestatten, wieder eingestellt und lediglich solche Arbeiter ausgeschlossen werden dürfen, die sich schwerer Verfehlungen schuldig gemacht haben.

Die Löhne sind bekanntlich durch Schiedsspruch, der von den Arbeitnehmern angenommen wurde, kürzlich um 15 Prozent erhöht worden.

*

Die Aussprache im Reichsarbeitsministerium über den Konflikt im sächsischen Steinkohlenbergbau hat heute noch kein Ergebnis gezeitigt.

Zur Beilegung des jetzt 13 bzw. 15 Wochen dauernden Werftarbeiterstreiks haben in Hamburg erneut Verhandlungen begonnen.

Der „neue Kurs" in Frankreich

Paris, 17. Mai. (Radiotelegr.) Einem Havasvertreter erklärten die Abgeordneten Herriot, Painlevés und Leon Blum, das Programm der neuen Regierung sei ein Programm der internationalen Verständigung, das aber die gerechten Forderungen Frankreichs nicht außeracht lassen wird. Es sei ferner ein Finanzprogramm, das zum Ziele habe, das Budget auszugleichen.

*

Paris, 17. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die Frage der Mitwirkung der Sozialisten in dem künftigen Kabinett ist durch die Stellungnahme des Führers der Radikalsozialisten, Herriot, jetzt in eine entscheidende Phase eingetreten. Herriot soll, wie der sozialistische Abgeordnete Moutet heute der Presse mitteilte, gesagt haben, daß er, falls die Sozialisten nicht an der Regierung teilnehmen würden, die Bildung des Kabinetts ablehnen würde. Die Angaben Moutets, die allerdings noch einer Bestätigung durch Herriot bedürfen, erregen großes Aufsehen und werden in der Morgenpresse lebhaft besprochen.

Reuter stellt fest, es sei eine Ruhepause in der Reparationspolitik zu erwarten. Eine interalliierte Konferenz müsse spätestens Mitte Juni zusammentreten.

Der französische Ministerrat hat gestern eine außerordentliche Sitzung abgehalten, in der weitere Maßnahmen gegen den Frankensturz besprochen wurden.

Benesch und Mussolini.

Rom, 17. Mai. (Radiotelegr.) In der Unterredung Mussolinis mit dem tschechoslowakischen Außenminister Benesch wurden die beide Länder interessierenden politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Fragen besprochen. Die Unterredung schaffte Klarheit über die Politik der beiden Länder hinsichtlich der Lage in Zentraleuropa und vieler anderer damit zusammenhängender Fragen. Weitere Aussprachen folgen, um den Vereinbarungen eine festere Gestalt zu geben, zu denen die allgemeine Richtung der Politik der beiden Regierungen Anlaß geben wird.

Kommunistisches Allerlei.

Wie das bolschewistische Organ „Ekonom Shizn" vom 24. Februar dieses Jahres bekanntgibt, werden in der Buchhandlung dieses Verlages in Moskau folgende Blätter verkauft: „Berliner Tageblatt", „Vossische Zeitung" und „Berliner Börsenkurier". Interessant ist, daß die Verbreitung des „Vorwärts" und anderer sozialistischer und nichtsozialistischer deutscher Blätter, die nicht für die kommunistische Diktatur eintreten, in Rußland strengstens verboten ist. Das in Berlin erscheinende russische sozialdemokratische Blatt „Dni" spricht sich über die „Vossische Zeitung" wie folgt aus: „Die „Vossische Zeitung" ist ein Organ, dessen Korrespondenzen aus Rußland über Sowjetzustände einen ausgesprochenen leidenschaftlichen Charakter zugunsten der Bolschewiki tragen."

Die blamierten Bolschewisten.

Der Kommunist Botzenhardt unter russischem Schutz.

Berlin, 17. Mai. Der berüchtigte Kommunist Botzenhardt, der auf dem Transport von Stuttgart nach Stargard in Pommern in der Lindenstraße in Berlin seinen Begleitern, zwei württembergischen Polizisten, entwich und zu flucht in dem Gebäude der russischen Handelsdelegation suchte und fand, konnte von Beamten der politischen Polizei in einem Hause in der Gleditschstraße, wo er bei einem Mitgliede der russischen Handelsdelegation Unterschlupf gefunden hatte, ermittelt und verhaftet werden.

*

Ueber die Angelegenheit wird noch berichtet: Beamte der Politischen Polizei hatten beobachtet, daß Botzenhardt sich in Schöneberg aufhielt und dort sogar mit einem jungen Mädchen sich öfters abends in Cafés aufhielt. Man verfolgte die Spur und stellte fest, daß Botzenhardt bei dem Angestellten der Russischen Handelsvertretung, Hans Lehmann, wohnte, wo er am Freitag überrascht und verhaftet wurde. Der Polizei ist mit der Festnahme Botzenhardts nicht nur ein guter Fang gelungen, sondern sie ist auch imstande, jetzt interessante Feststellungen zu machen. Die Sowjetvertretung hat sich bei der Darstellung der angeblichen Uebergriffe der Polizeibeamten in der Lindenstraße erst in zweiter Reihe auf die russischen Angestellten und Direktoren, in erster Reihe aber auf das Zeugnis der deutschen Angestellten berufen und hier war es gerade Lehmann, der der Polizei die schwersten Vorwürfe machte. Lehmann hat auch der kommunistischen Parteileitung über die Vorfälle eine Darstellung gegeben, die als Unterlage für die Anfrage im Preußischen Landtag benutzt worden ist. Wie weiter feststeht, ist Lehmann derjenige gewesen, der Botzenhardt auf seiner Flucht in Berlin von Anfang an behilflich gewesen ist. Lehmann brachte nämlich den verfolgten Botzenhardt an einen hinteren Ausgang der Viktoria, öffnete ihm dort die Tür und schickte den Flüchtling in seine Schöneberger Wohnung. Botzenhardt, der von seiner Frau getrennt lebt, fand früher in Berlin Unterkunft bei der Mutter seiner Geliebten, einer gewissen Lene Aßmann, die von der Polizei ebenfalls gesucht wird, da sie im Verdacht steht, der Tscheka gleichfalls Dienste geleistet zu haben.

*

Berlin, 17. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Wegen Begünstigung der Flucht des Kommunisten Botzenhardt sind außer Botzenhardt noch neun Personen verhaftet worden.

Rote Hundertschaftler vor Gericht. Vor dem großen Schöffengericht in Offenbach standen gestern dreizehn Kommunisten, die sich an einer kommunistischen roten Hundertschaft beteiligt hatten. Die Hundertschaft wurde gelegentlich einer Haussuchung entdeckt, wobei festgestellt wurde, daß auf Weisung der Kommunisten in einem Werk Handgranaten hergestellt wurden. Das Gericht verurteilte drei Angeklagte zu je fünf Monaten Gefängnis. Die übrigen kamen mit kleinen Geldstrafen davon. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Zwei weibliche Kommunisten verhaftet. In Parchim wurden, wie die „Mecklenburger Warte" berichtet, am Freitag das Dienstmädchen Martha Wahls und die Verkäuferin Grete Schulz verhaftet. Sie wurden vom Untersuchungsrichter in Stargard gesucht und zwar wegen politischer Umtriebe. Zuerst sind sie für und mit Botzenhardt (bekanntlich der Reserve-Lokomotivführer aus Württemberg, der ebenfalls vom Untersuchungsrichter in Stargard gesucht wurde) zusammen für politische Zwecke tätig gewesen und werden jetzt mit der Tscheka in Mecklenburg in Verbindung gebracht. Beide Personen sind nach Pommern abtransportiert worden.

Ministerpensionen. Der Hauptausschuß des preußischen Landtags nahm die Regierungsvorlage über die Ministerversorgung in folgender Form an: War ein ausscheidender Minister vier Jahre im Amt und hat er bei Ablauf des Uebergangsgeldes das 50. Lebensjahr vollendet, so erhält er ein Ruhegehalt. Die Höhe richtet sich nach der Länge der Arbeitszeit und beträgt 25 Prozent der Dienstbezüge eines Staatsministers bei vierjährigen, 30 Prozent bei fünfjähriger Amtsdauer und erhöht sich für jedes weitere Jahr um 2 Prozent. Das Ruhegehalt darf aber im Höchstfalle 40 Prozent der Dienstbezüge eines Staatsministers nicht übersteigen. Die vorstehende Regelung bezieht sich lediglich auf diejenigen Staatsminister, die nicht dem öffentlich-rechtlichen Beamtentum entstammen. Für sie gelten die allgemeinen beamtengesetzlichen Grundsätze über Wartegeld, Ruhegehalt und Hinterbliebenenversicherung. Der Gesetzentwurf wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten angenommen.

Hotelbesitzer und Welfentum. Auf der Reichsliste der Deutsch-Hannoveraner (Welfen) ist ein Abgeordneter, Hotelier Nolte aus Hannover, gewählt worden. Als Beitrag zu den Wahlkosten hat die Organisation der deutschen Hotelbesitzer von ihren Mitgliedern eine Mark pro Bett erhoben und an die Wahlkasse der Welfen abgeführt. Dabei ging man von dem Grundsatze aus, daß es darauf ankomme, einen Vertreter des Gewerbes in den Reichstag zu bringen, ohne auf die Partei Rücksicht zu nehmen. Wie das „Berliner Tageblatt" andeutet, sind dadurch der Wahlkasse der Welfen so erhebliche Mittel zugeflossen, daß sie aus den Ueberschüssen den Abstimmungskampf gegen Preußen zum wesentlichen Teile bestreiten können. Wir glauben nicht, daß die große Mehrheit der Hotelbesitzer für diesen Zweck die Gelder bezahlt hat.

Unter der Fremdherrschaft. — Erschütternde Ziffern. Die „Pommersche Tagespost" meldet: Die in Stettin befindliche interalliierte Kontrollkommission besteht aus vier Offizieren. Diese haben seit dem Rheinreinfall nur einen Kontrollbesuch und zwar in Rostock ausgeführt. Das gleiche Blatt bringt eine Aufstellung über die Ausgaben für einen Monat. Diese betragen zusammen 1 215 450 Goldmark. Demgegenüber beträgt die Summe der Gehälter einschließlich Ortszulagen für sämtliche 3797 Offiziere des Reichsheeres nur 688 500 Goldmark.

In drei Zeilen.

Der Plan eines japanisch-französischen Bündnisses ist, wie aus Tokio gemeldet wird, aufgegeben worden.

*

Das englische Unterhaus hat gestern den Antrag auf Verstaatlichung der Bergwerke mit 284 gegen 168 Stimmen abgelehnt.

*

Nach einer Havasmeldung aus Peking ist auf den chinesischen Außenminister Wellington Koo ein Attentat verübt worden. Von einem Unbekannten war dem Minister ein Paket mit Explosionsstoffen zugesandt worden. Drei Hausbedienstete sind durch die Explosion schwer verletzt worden.

*

Der Antrag der Kommunisten auf Einberufung des Auswärtigen Ausschusses wegen des russischen Zwischenfalles ist von den anderen Parteien abgelehnt worden.

*

Das Schwurgericht Nürnberg verurteilte den Sozialdemokraten Schneppenhorst, der unter der Regierung Hoffmann bayerischer Kriegsminister war, wegen fahrlässigen Falscheides zu sechs Monaten Gefängnis.

Die Verrechnung der Wahlkreisverbandsstimmen.

Der Reichswahlausschuß hielt am Donnerstag mittag seine vorläufig letzte Sitzung ab, um die noch ausstehenden Wahlkreisverbandsstimmen und die auf die Reichswahlvorschläge entfallenden Mandate festzustellen. Nachdem die letzten Ergebnisse aus den Wahlkreisen Südhannover-Braunschweig und Ostpreußen eingegangen sind, entfallen nunmehr durch Verrechnung auf den Wahlkreisverband im Wahlkreis 14 Weser-Ems je noch ein Mandat auf die Liste der Kommunisten, Demokraten und des völkisch-sozialen Blocks, im Wahlkreis 15 Ost-Hannover auf die Liste der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei, im Wahlkreis 16 Südhannover-Braunschweig auf die Liste der Demokraten und des Zentrums. Auf die Reichsliste entfallen für Sozialdemokraten 7, Zentrum 7, Deutsche Volkspartei 6, Deutschnationale Volkspartei 13, Deutschdemokratische Partei 6, Bayerische Volkspartei 2, Kommunisten 9, Bayerischer Bauernbund 5, Wirtschaftsgruppe 1, Deutschsoziale Partei 2, Landliste 2 und für die Vereinigten Listen der Deutschvölkischen Freiheitspartei 10 Mandate.

Nach dem endgültigen amtlichen Ergebnis der Reichstagswahlen wurden 29 388 391 gültige Stimmen abgegeben; davon entfallen auf die Vereinigte Sozialdemokratische Partei 6 014 380, die Deutschnationale Volkspartei 5 778 313, das Zentrum 3 920 798, die Kommunisten 3 746 671, die Deutsche Volkspartei 2 640 484, die Deutschvölkische Freiheitspartei 1 924 553, die Deutschdemokratische Partei 1 657 957, die Bayrische Volkspartei 946 649, den Bayrischen Bauernbund 684 395, die Landliste 574 280, die Deutschsoziale Partei 337 924, die Deutsch-Hannoversche Partei 319 779, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei 234 708, die Nationalen Minderheiten 133 540, die Christl. Soziale Volksgemeinschaft 124 626, sonstige Gruppen zusammen 349 531.

Die letzte Sitzung des bayerischen Volksgerichts. Gestern hat in München die letzte Volksgerichtssitzung stattgefunden und führte zu der Verurteilung des früheren Leutnants und jetzigen Hochschulstudierenden Rudolf Heß wegen Verbrechens der Beihilfe zum Hochverrat zu 1 Jahr 6 Monaten Festung.

Schläuche für alle Zwecke in allen Weiten und Längen im Spezialgeschäft Gummi-Bieder, Gr. Steinstrasse 81 (Nähe Markt).

Das Glück der Ingrid Wendland.

Roman von Erich Friesen.

(23. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Ohne die glitzernde, regungslos in ihrer Ecke verharrende Gestalt noch eines Blickes zu würdigen, wollte er an ihr vorbei, dem Ausgang zu.

Sie jedoch vertrat ihm den Weg.

„Du — so schlecht, wie du meinst, bin ich nicht!" stieß sie hastig heraus. „Ich gönne dir dein neues Glück. Geh hin zu deiner — Frau und liebe sie! Warum braucht die Welt von der Existenz der — eigentlichen Frau etwas zu wissen!"

Ruhig, ohne sie anzublicken, hatte er sie ausreden lassen. Jetzt schüttelte er traurig den Kopf.

„Nein. Dann müßte ich auch sie täuschen. Und ich werde sie niemals wissentlich belügen!"

„Pah! Alle Männer belügen ihre Frauen — früher oder später. Mir hast du auch vor Gottes Altar ewige Liebe und Treue geschworen —" leise lachte sie auf — „so wird es auch der — andern mal ergehen. Vielleicht, daß dann eine dritte —"

„Hüte deine Zunge, Zoë!" unterbrach er sie finster.

Sie lachte. Dann sprang sie zu einer der an silberner Kette hängenden Ampeln und riß im Nu den lichtdämpfenden roten Seidengazeschleier herunter.

Blendendes Licht ergoß sich auf den direkt unter der Ampel stehenden Mann.

„So, mon cher! Jetzt laß dich noch einmal genau ansehen — recht genau!" hänselte sie. „Es wird doch wohl das letztemal im Leben sein. Oder nicht? Sollte mein Herr und Gebieter —" sie schlug eine zierliche Pirouette und verneigte sich, nach Art der Orientalinnen mit über der Brust gekreuzten Armen vor ihm bis beinahe zur Erde — „sollte mein Herr und Gebieter vielleicht wieder einmal Sehnsucht haben nach den verschwiegenen Nächten der Vergangenheit — — ja, ja, ich bin schon still! Also — gestattet mein Herr und Gebieter, daß ich mich in meine Kemenate, will sagen, zu meinen Freunden dort hinten zurückziehe? Mein schwarzer Othello ist sehr eifersüchtig. Wenn er wüßte — hahaha!"

Girrend lachte sie auf und war im selben Moment hinter der roten Portière verschwunden.

Hilmar fuhr sich über Stirn und Augen.

War er vorüber, dieser unheimliche Hexensabbat-Spuk? Noch umnebelte ihm der aufdringliche Lavendel- und Rosenölgeruch ringsum Kopf und Sinne. Ihm war, als stockte ihm der Atem in der Brust.

Oh, nur fort! Fort aus dieser schwülen Stickluft! Hinaus ins Freie! In Gottes äthereine Natur! Fort fort!!

Als er durch den marmorgetäfelten Hof eilte, über dem jetzt leichte Abenddämmerung schwebte, meinte er, noch immer jenes spukhafte, girrende Lachen hinter sich her zu vernehmen.

Die an den weißen Mauern aus dunklem Laub hervorschimmernden roten Granaten erschienen ihm jetzt wie Riesenblutstropfen.

IX.

Die ersten Tage nach der plötzlichen Abreise ihres Gatten waren für Ingrid eine qualvolle Zeit. Manchmal glaubte sie, die Welt stünde still, die heißersehnte Stunde der Rückkehr des geliebten Mannes würde überhaupt nicht mehr schlagen.

Ein einziges Mal traf ein Lebenszeichen von Hilmar ein, eine kurze Depesche aus Algier:

„Bin gesund. Geschäfte bald erledigt. Kuß Hilmar!"

Sonst nichts. Kein Brief. Keine Nachricht irgendwelcher Art.

Ingrid wartete mit rührender Geduld. Sie hatte der Marchesa, die nicht von ihrer Seite wich, erklärt, daß sie in Rom bleiben würde, bis zur Ihres Mannes Rückkehr. Das Ansinnen der alten Dame, ob sie nicht vielleicht nach Zürich voraus reisen wollte, sie selbst würde sie dorthin begleiten, wies sie aufs bestimmteste zurück.

In ihren Briefen nachhaule erwähnte sie nichts von ihrem Herzenskummer. Die Wendlands glaubten das junge Paar in glückseligster Honigmondstimmung.

Aus den Tagen wurden Wochen. Ingrid wartete und wartete. Immer unbegreiflicher erschien ihr die seltsame Handlungsweise ihres Mannes. Zuerst war sie noch in Begleitung der Tante spazieren gefahren — nach dem Monte Pincio oder in den Park der Villa Borghese. Dann aber stieß das südliche Leben und Treiben dort ihr Empfinden ab. Nicht einmal die Kunstschätze der an Altertümern so überreichen Stadt interessierten sie mehr. Still saß sie an einem der hohen Bogenfenster des alten Palazzo und wartete — wartete — —

Einmal mußte er doch zurückkommen!

Die gute alte Tante versuchte ihr Möglichstes, sie zu zerstreuen. Vergebens. Als Ingrid einmal in sie drang, ob sie eine Ahnung hätte was Hilmar fernhielt, erwiderte sie — und die Lüge wurde ihrer schlichten Natur mächtig schwer.

„Nein, liebes Kind. Aber beruhige dich! Sag selbst: hält du deinen Mann einer unehrenhaften Handlung für fähig?"

Da sentte Ingrid beschämt die Lider, und neuer Mut zog für kurze Zeit ein in ihr geängstigtes Herz. —

Beinahe drei Wochen waren vergangen seit jenem unglückseligen Abend im Teatro Nazionale — da trafen im Palazzo Marotti zu gleicher Zeit zwei Depeschen ein, die eine an Ingrid, die andere an die Marchesa Marotti.

Die erstere lautete:

„Bitte inniglst sofort heimkehren. Erwarte mich im Elternhaus. Kuß. Hilmar."

Die zweite:

„Alles vorbei. Sorge, daß Ingrid heimkehrt. Dort soll sie es erfahren. Hilmar."

Ingrids Hände bebten, als sie ihr Telegramm überlas. Allein sollte sie heimkehren von ihrer Hochzeitsreise? Allein — ohne ihren Mann? Ein eisiges Gefühl durchzuckte sie und ein bisher unbekannter Schmerz ließ sie erzittern. Sie konnte es sich absolut nicht ausdenken, allein nachhause fahren zu müssen. Die armen Eltern! Wie gut hatte es doch dagegen ihr kleines Schwesterlein. Und mußte sie an den tändlichen Privatgelehrten denken, der doch aber so lieb war. Dann wurde das Gefühl in ihrem Herzen noch weher als vorher. Tagsüber saß sie draußen vor der Tür des kleinen Häuschens. Sinnenden Blickes schaute sie hinauf in die Wolken. Auch sie war wie eine Wolke, die dahinwanderte ohne Ziel und Zweck. — nur von der Erinnerung lebte sie. Die trug sie. Selbst die tröstenden Worte der Marchesa konnte sie in diesem Augenblick nicht so recht in sich aufnehmen wie sie es eigentlich mußte. Jeder Trost glitt an ihr vorbei.

Der einzige Gedanke, der sie dennoch aufrechthielt, war der an Hilmar. Und nun trug sie dessen Telegramm in Händen. Täglich, fast stündlich, ließ sie es durch ihre Finger gleiten und dachte darüber nach, was ihn wohl zum Absenden dieser Zeilen gezwungen haben mochte. Es war etwas Unbestimmtes in ihr, etwas, was sie nicht deuten konnte. Manchmal spürte sie, als ob ein graues dunkles Schicksal weit hinten in der Ferne sich drohend aufreckte. Und doch hatte sie die Gewißheit, daß ihr dieses Schicksal nichts anhaben konnte. Mochte sie noch so manche traurige Stunde erleben, die sie mit Erdenleid beschwerte. — Sie hatte die Gewißheit, daß einst nach diesen Tagen die Sonne leuchten mußte. Aber diese Augenblicke der Hoffnung waren nicht das Ständige in ihren Gedanken. Sie kamen nur für kurze Sekunden und verliehen sie bald darauf wieder. Doch grade diese flüchtigen Momente, in denen sie auf Sonne hoffte, die gaben ihr Kraft und Stärke genug, den größeren Teil der Zeit, — die Zeit des Leides und des Zerrüttetseins — zu tragen.

(Fortsetzung folgt.)

Erzählen Sie es

doch allen Freundinnen und Bekannten, daß Sie Ihre Kleider, Blusen, Gardinen usw. nur mit den weltberühmten echten Heitmann's Farben, Marke Fuchskopf im Stern, selbst färben.

Heitmann's Farbe spart den Färber.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240518012/fragment/page=0002